

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 37 (1962)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rundschau

In Kanada gibt es keine Wohnungsnot

In Montreal standen im vergangenen Winter 7 Prozent der insgesamt 145 000 Wohnungen leer. Die Mietzinse sind im letzten Jahr um durchschnittlich 15 Prozent zurückgegangen. In Ottawa, wo seit mehreren Jahren überaus stark gebaut wird, hat der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen 20 Prozent erreicht. Die Mietzinse sind durchschnittlich um 20 Prozent niedriger als in Montreal. In Kanada rechnet man damit, daß neue Wohnungen einen Gewinn abwerfen, solange die Zahl der leerstehenden Wohnungen nicht 7,5 Prozent übersteigt.

Wohnungsfürsorge für junge Leute in Österreich

Im österreichischen Nationalrat wurde ein Entwurf zu einem Jungfamilienheimgesetz eingebracht. Der Entwurf stützt sich auf die Tatsache, daß der Anteil der eheschließenden Männer, die zum Zeitpunkt der Eheschließung jünger als 30 Jahre waren, von 55,4 Prozent im Jahre 1948 auf 67,9 Prozent im Jahre 1960 angestiegen ist. Gerade diese jungen Familien leiden vielfach am stärksten unter der Wohnungsnot, und es erscheint daher im Hinblick auf die gesellschaftspolitische Bedeutung einer gesunden Entwicklung als eine der wichtigsten Aufgaben des aus öffentlichen Mitteln finanzierten Wohnungsbaues, Wohnraum für junge Familien zur Verfügung zu stellen.

Kommunaler Wohnungsbau in Zürich

Der Gemeinderat der Stadt Zürich stimmte einhellig einem Antrag des Stadtrates zu, der den Bau einer städtischen Wohnkolonie und eines unterirdischen Parkhauses in der Hardau, Quartier Außersihl, vorsieht.

Das Projekt umfaßt drei flachgedeckte, viergeschossige Wohnblöcke mit 16 Alterswohnungen zu 1 und 2 Zimmern, 36 Wohnungen zu 2½ und 3 Zimmern und 28 Wohnungen zu 3½ und 4½ Zimmern.

Der auf den 1. August 1961 aufgestellte Kostenvoranschlag beläuft sich auf 4,6 Millionen Franken. Würde die Parkgarage nicht erstellt, so wären die Kosten um 300 000 Franken höher. Die vorgesehenen niedrigen Mietzinse bedingen eine Abschreibung von 2 024 000 Franken zu Lasten des Außerordentlichen Verkehrs. Es wird mit Subventionen des Bundes und des Kantons gerechnet.

Die Wohnungsnot in Genf

Ende Mai 1962 suchten in Genf beinahe 4000 Personen eine Wohnung, und mehrere weitere Tausende wünschten ihre Wohnung zu wechseln. Beim kantonalen Wohnungsamt waren zu diesem Zeitpunkt über 6000 Personen angemeldet.

Wohnungsnot der «Gastarbeiter»

Wie an den «Gastarbeitern» verdient wird, zeigt folgende Mitteilung aus Winterthur.

Wir haben Firmen, die ältere Häuser kaufen, den Mietern wird gekündigt, weil das Haus in «nächster» Zeit abgebrochen werden soll. Erhebt der Mieter innert zehn Tagen Einsprache gegen die Kündigung, so kann sie als verfrüht abgewiesen werden, denn das Mietamt wird keine Kündigung schützen, wenn für den «geplanten» Neubau noch keine Baubewilligung vorliegt.

Nun kommt es aber vor, daß nicht alle Mieter, die in diesem Haus wohnen, Einsprache erheben. Was geschieht dann? Sobald eine Wohnung leer geworden ist, wird sie mit Fremdarbeitern gefüllt, so daß den Mietern, deren Einsprache vor dem Mietamt geschützt worden ist, das Wohnen in diesem Haus durch Lärm und andere Widrigkeiten vergällt wird und sie gerne von sich aus in eine andere, in den meisten Fällen teurere Wohnung umziehen. Damit ist der Mieterschutz illusorisch geworden, und der spekulative Hausmeister hat sein Ziel erreicht, denn jetzt ist der Weg frei, das Haus überhaupt mit Fremdarbeitern zu füllen, die in vielen Fällen schandbar ausgenutzt werden, indem sie über-setzte Miete bezahlen müssen.

Ein einziges Beispiel: Ein Italiener-ehepaar bezahlt für ein möbliertes Doppelzimmer mit Küchenanteil sage und schreibe 220 Franken pro Monat. Reklamation gegen diese Überforderung hatte Kündigung zur Folge. Sie wurde dann allerdings zurückgezogen, nicht weil die Hausmeisterin eingesehen hätte, daß der Mietzins zu hoch sei, sondern weil der Mieter den verlangten Mietzins weiterbezahlt. In einzelnen Fällen helfen sogenannte Rechtsberater bei diesen Machenschaften noch mit.

Deutschland

Hygienische Verhältnisse sind vor allem in den Dörfern rückständig. Zu diesem Ergebnis kamen 60 namhafte deutsche Wissenschaftler, Ärzte, Soziologen und Landwirtschaftsfachleute, die vier Tage

lang über die «Hygiene des Dorfes» berieten. Man kam zu dem Ergebnis, daß es höchste Zeit sei, die hygienischen Verhältnisse des Dorfes zu verbessern. Während die technische Entwicklung auch auf dem Lande kräftig vorankam, blieb die Hygiene stark zurück. Unzureichend ist die Wasserversorgung, unregelmäßig die Beseitigung der Abfälle, unzureichend sind auch die sanitären Einrichtungen in den Bauernhäusern. Rund sechs Millionen Menschen sind nicht an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen. Selbst bei zentralen Versorgungsanlagen ist das Wasser nicht immer einwandfrei. Noch unzureichender ist die Abwasserbeseitigung; denn nur rund 25 Prozent der westdeutschen Landgemeinden haben eine eigene Kanalisation. Ursache dieses Rückstandes ist häufig die geringe Finanzkraft der Gemeinden unter 2000 Einwohnern. In den Gemeinden unter 2000 Einwohnern haben noch immer 58,6 Prozent aller Wohnungen kein WC und 68,3 Prozent kein Bad. In 19,3 Prozent gibt es keine Wasserzapfstelle.

Es ist als völlig richtig, wenn neben der Stadtsanierung künftig auch die Dorferneuerung gefördert werden soll. Auch in der Schweiz kann in dieser Richtung noch verschiedenes getan werden.

Die Baukosten steigen

Das Statistische Amt der Stadt Zürich gab bekannt, daß am 1. April 1962 die nach den Normen des SIA errechneten Kosten pro Kubikmeter umbauten Raumes Fr. 126.24 betragen und damit um Fr. 6.88 oder 5,8 Prozent höher waren als am 1. Oktober 1961. Seit dem Februar 1960 ist der Kubikmeterpreis um Fr. 18.50 oder 17,2 Prozent gestiegen. Der Zürcher Baukostenindex stand am 1. April 1962 auf 257,9 (Juni 1939 = 100).

Deutsche Volksaktienpolitik wenig erfolgreich

Die Baisse an den deutschen Börsen, bei der enorme Summen verloren gingen, hat deutlich die Gefahren gezeigt, denen sich die Kleinsparer mit dem Kauf von Volksaktien aussetzen. Dabei muß allerdings festgestellt werden, daß der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Aktienbesitz klein ist und daß verhältnismäßig wenige «kleine Leute» sich Volksaktien zulegen. Nur 3 Prozent der Arbeiter haben Aktien. Bei den Landwirten sind es 4 Prozent, bei den Angestellten und Beamten 11 Prozent und bei den selbstständig Erwerbenden 14 Prozent.